



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses (KJA/XV/005/2007)

Sitzungstermin: Dienstag, den 09.10.2007
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:53 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Frau Heike Nicolai

Ausschussmitglieder

Frau Sandra Bockhöfer

Herr Hans Fricke Vertreter für Herrn Olav Fricke

Frau Beatrix Kuhl

Frau Heike van Loo-Hackenberg

Herr Ernst-Gerold Rebels

Herr Hauke Sattler Vertreter für Frau Susanne Westermann

Herr Heinz Dieter Schmidt

Frau Christina Stoye-Grunau

Herr Michael Weber

beratende Mitglieder

Frau Ingrid Cramer

Frau Antje Hoß

Frau Elisabeth Peters

Herr Tom Bohmfalk

Verwaltung

Herr Michael Baumann

Herr Wilfried Berghaus Stadtjugendpfleger

Herr Weert Reinders Fachbereichsleiter 3

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Olav Fricke

Ausschussmitglieder

Frau Susanne Westermann

Herr Christian Winkler

beratende Mitglieder

Herr Theo Niehof

Frau Claudia Pleines

Verwaltung

Herr Wolfgang Kellner Bürgermeister

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 07.06.2007 (KJA/XV/004/2007)
3. Kindertagesstättenbedarfsplanung - Mündliche Ausführungen durch den Jugendhilfeträger Landkreis Leer
4. Qualitative und quantitative Ausrichtung von Kindertagesstätten in der Stadt Leer
- Einzelfallentscheidungen -
Vorlage: 3.51/XV/0236/2007
5. Einführung des beitragsfreien Kindergartenjahres
Vorlage: 3.51/XV/0237/2007
6. Stadtteiltreff Weststadt
7. Anfragen, Anregungen, Informationen

Protokoll/Niederschrift:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Vorsitzende begrüßt die Gäste vom Landkreis Leer, die Leiterin des Jugendamtes Frau Andresen sowie den Ersten Kreisrat Herrn Reske. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 07.06.2007 (KJA/XV/004/2007)

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 07.06.2007 (KJA/XV/004/2007) wird genehmigt.

TOP 3 Kindertagesstättenbedarfsplanung - Mündliche Ausführungen durch den Jugendhilfeträger Landkreis Leer

Frau Andresen und Herr Reske referieren über die Kindertagesstättenbedarfsplanung des Landkreises Leer (Anlage 1)

TOP 4 Qualitative und quantitative Ausrichtung von Kindertagesstätten in der Stadt Leer - Einzelfallentscheidungen - Vorlage: 3.51/XV/0236/2007

Vor der Erörterung des eigentlichen Tagesordnungspunktes berichtet Herr Reinders über einen Antrag der ev.-luth. Pauluskirchengemeinde Heisfelde bezüglich eines Investitionskostenzuschusses in Höhe von etwa 40.000,-- €. Begründet wird dieser Antrag mit dem Einstieg in ein Tagesmüttermodell.

Frau Andresen vom Landkreis Leer teilt hierzu mit, dass die Vereinbarung zwischen der Stadt Leer und dem Landkreis Leer zwar grundsätzlich die Zahlung von Zuschüssen beinhaltet, jedoch nicht von Investitionszuschüssen, sondern nur von evtl. Betriebskostenzuschüssen. Das hier angesprochene so genannte flexible Modell des Landes Niedersachsen umfasse insgesamt ein Finanzvolumen von 100 Mio. €, davon entfielen 80 Mio. € auf das Sozialministerium und 20 Mio. € auf das Bildungsministerium.

Der Landkreis Leer habe sich mit dem Kinderservicebüro für das Programm des Bildungsministeriums beworben. Dies biete zusätzliche Tagesmütter in Kooperation mit Kindertagesstätten an. Eine erste derartige Einrichtung werde beim Kinderschutzbund initiiert. Die Pauluskirchengemeinde werde nachziehen sobald sie über geeignete Räume verfüge.

Herr Schmidt erklärt, er sei auf diesen Antrag nicht vorbereitet. In Leer bestehe jedoch zweifelsfrei Nachfrage nach Krippenplätzen. Diese Nachfrage werde noch steigen, wenn die genannten Hilfemöglichkeiten bekannt würden. Die demografische Entwicklung werde dazu führen, dass heutige Mütter nur 40 % des Einkommens als Rente erhalten werden mit der Folge, dass beide Eltern werden arbeiten müssen. Aus diesem Grund habe er keine Sorge, dass künftig Kindergärten werden schließen müssen. Allerdings sei mit einem erhöhten Bedarf an Krippenplätzen zu rechnen. Seiner Meinung nach könne über die vier vorliegenden Anträge aus der Vorlage 3.51/XV/0185/2007 beschlossen werden.

Frau Bockhöfer schließt sich dieser Meinung an und erkundigt sich ergänzend nach dem Sachstand bezüglich des Kinderbauernhofs „Swaalvkenüst.“

Frau Andresen berichtet, sie habe Gespräche mit der Einrichtung geführt und ausgelotet wie diese förderfähig gemacht werden könnte. Der Träger sei jedoch nicht bereit gewesen, sein Konzept zu ändern und falle daher aus den Förderrichtlinien heraus. Seitens des Landkreises werde noch versucht, aus den o.g. Finanzmitteln des Sozialministeriums zum flexiblen Modell Mittel zu bekommen. Dies sei allerdings der Informationsstand von Mai 2007. Es sei normal, dass die Ministerien erst in solchen Zeiträumen antworten würden.

Frau Stoye-Grunau erkundigt sich, ob tatsächlich nur für 3,4 % Krippenplätze eingerichtet werden sollen.

Herr Reske antwortet, dass dies die derzeitige Beschlusslage sei. Allerdings würde sich die Gesetzeslage in absehbarer Zeit ändern.

Frau Stoye-Grunau führt dazu aus, dass sie davon ausgehe, dass das letzte beitragsfreie Kindergartenjahr zu dem Wunsch führen werde, eine Ganztagsbetreuung einzurichten. Sie spricht sich auch für eine Ausweitung der altersgemischten Gruppen aus.

Frau Kuhl schließt sich diesen Ausführungen an. Ihrer Meinung nach sei der geringe Rücklauf bei der Befragung des Landkreises Leer nicht verwunderlich. Aus ihrer Sicht sei es nicht so ungewöhnlich, dass Frauen möglichst kurzfristig nach der Geburt wieder zu ihrem Arbeitsplatz zurückkehren würden. Sie fordert, dass jeder Mutter, die dies wünsche, ein Kindergartenplatz angeboten werden müsse. Die Problemlage ergebe sich insbesondere durch die schlechten Arbeitsmarktangebote und die spezielle Rollenstruktur in Ostfriesland. Sie fordert weiter mehr Flexibilität bei der Vergabe der Kindergartenplätze.

Frau Kramer spricht sich dafür aus, dass die Kinder sich nicht umstellen müssen, sondern in einem Haus bis zum 12. Lebensjahr bleiben könnten, damit sie nicht von einer Einrichtung zur anderen wechseln müssten.

Frau Bockhöfer bittet darum, das Thema „Familienatlas 2007“ demnächst im Kinder- und Jugendausschuss zu behandeln, denn bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie sei der Landkreis Leer auf dem 438. Platz gelandet.

Herr Rebels ergänzt, dass sich wohl alle Ausschussmitglieder einig seien, dass ein Bedarf an Krippenplätzen vorhanden ist. Er habe allerdings Probleme Herrn Schmidt zu folgen. Es wäre zunächst sinnvoller, Gespräche mit der Stadtverwaltung, dem Landkreis Leer und den Kindertageseinrichtungen zu führen.

Herr Schmidt entgegnet, man habe die vier Anträge bereits diskutiert und die Beschlussfassung auf heute verschoben. Die vorliegenden Anträge zielten genau auf das ab, was der Ausschuss erreichen wolle.

Herr Schmidt stellt für die SPD-Fraktion den Antrag, allen vier Anträgen aus der Vorlage 3.51/XV/0185/2007 zuzustimmen.

Frau Andresen verweist darauf, dass bezüglich der Ausnutzung von Landesförderprogrammen entsprechende Gespräche bereits stattgefunden hätten.

Herr Reske macht darauf aufmerksam, dass bei Zustimmung zu Ziff. 3 des Beschlussvorschlages aus der o.g. Vorlage ein Maßnahmebeginn erst möglich sei, wenn die neuen Förderrichtlinien bekannt seien. Ansonsten könnten die entsprechenden Förderprogramme nicht genutzt werden.

Herr Schmidt erklärt, seinen Antrag aufrechterhalten zu wollen.

Herr Rebels meint, man sollte die Richtlinien genau kennen und sich nicht konkret entscheiden, so lange diese Frage nicht geklärt sei.

Herr Reinders ergänzt, dass er den Antrag der SPD so verstanden habe, dass die künftigen Förderrichtlinien berücksichtigt werden sollten.

Herr Rebels erklärt, dass er sich insofern auf die Verwaltung verlasse und unter diesem Vorbehalt zustimmen könne.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss stimmt allen vier Anträgen aus der Vorlage 3.51/XV/0185/2007 (TOP 4) zu unter dem Vorbehalt, dass die Verwaltung die sich in Kürze ergebenden bzw. verändernden Förderrichtlinien berücksichtigen wird.

Dieser Beschluss ergeht einstimmig.

**TOP 5 Einführung des beitragsfreien Kindergartenjahres
Vorlage: 3.51/XV/0237/2007**

Hierzu verliest Herr Reinders zunächst den am 04.10.07 eingegangenen Antrag der FDP-Fraktion (s. Anlage).

Frau Bockhöfer ergänzt zu diesem Antrag, dass einige Kindergärten derzeit defizitär arbeiten würden, andere künftig jedoch mit mehr Geld rechnen würden. Der von der FDP angeregte Fonds solle ausgleichend wirken und Planungssicherheit bringen. Für den hoffentlich nicht eintretenden Fall, dass die tatsächlichen Einnahmeausfälle nicht über die besondere Finanzhilfe abgedeckt werden können, sollen durch diesem Fonds Rücklagen gebildet werden.

Herr Reinders empfiehlt, diesen Antrag auf die nächste Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses zu verschieben, damit der derzeitig erkrankte Herr Vietor als Finanzexperte die Angelegenheit aufbereiten könne.

Herr Schmidt erklärt, dass der Ausschuss sich einig sei, dass Mehreinnahmen zu erwarten seien. Herr Vietor werde dies sicher entsprechend vortragen. Er schlägt vor, dem Beschlussvorschlag mit den Ergänzungen - wie sie sich aus der Diskussion ergeben haben – zu folgen.

Ergänzend bittet Frau Stoye-Grunau zu diesem TOP, die Mittel nunmehr zügig aus-zuzahlen.

Herr Reinders entgegnet, dass die Verwaltung zunächst einen entsprechenden Beschluss abwarten musste.

Daraufhin erging folgender

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss empfiehlt, die den freien bzw. privaten Kindergartenträgern/Kindergärten durch die Einführung des beitragsfreien Kindergartenjahres gemäß Gesetz vom 10. Juli 2007 entstehenden Einnahmeausfälle unter Anwendung der jeweils geltenden Gebührensätze der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Kindergartenplätzen der Kindergärten der Stadt Leer zur vollen Höhe auszugleichen. Bei der Ermittlung des Einnahmeausfalls ist der im vorangegangenen Kindergartenjahr zuletzt zu zahlende Elternbeitrag als Bemessungsgrundlage heranzuziehen. Soweit ein Kind erstmalig mit Beginn des für ihn geltenden beitragsfreien Kindergartenjahres einen Kindergarten besucht, wird dem Kindergartenträger/Kindergarten ein Ausgleich in Höhe der Landesförderung gewährt. Auf den vorzunehmenden Ausgleich werden auf Anforderung monatliche Abschlagszahlungen auf Basis des jeweils ermittelten Einnahmeausfalls geleistet. Nach Ablauf des jeweiligen Kindergartenjahres ist eine entsprechende Abrechnung vorzunehmen. Die den kirchlichen Kindergartenträgern entstehenden Einnahmeausfälle werden in entsprechender Anwendung der Regelungen für freie bzw. private Kindergartenträger/Kindergärten im Rahmen der bestehenden Defizitverträge ausgeglichen.

Soweit die besondere Finanzhilfe das Gesamtvolumen der Beitragseinnahmeausfälle nicht abdecken kann, bleibt die Erstattung des individuellen Beitragseinnahmeausfalls an die freien bzw. privaten Träger im Verhältnis zur jeweiligen auf die einzelne Einrichtung bezogene Finanzhilfe auf das Gesamtvolumen der besonderen Finanzhilfe beschränkt.

Soweit rechtlich zulässig, werden Einnahmeüberschüsse aus der Landesförderung für das beitragsfreie Kindergartenjahr in einen Fond oder ein gleichgerichtetes Instrument eingezahlt, aus dem bei Bedarf außerplanmäßige Ausgaben der Kindergärten gedeckt werden können.

Abstimmung: Ja: 9

Nein: 0

Enthaltung: 2

TOP 6 Stadteiltreff Weststadt

Herr Reinders führt zunächst aus, dass es einen Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 16.08.06 gebe, wonach ein Stadteiltreff für maximal 130.000,-- € errichtet werden solle. Dieser Betrag dürfe nicht überschritten werden. Da diese Obergrenze mit konventionellen Mitteln nicht einzuhalten sei und es andererseits für die Jugend keine Billiglösung geben solle, seien die baulichen Überlegungen intensiv und noch nicht abgeschlossen. Gerade heute sei noch ein nachgebessertes Angebot eingegangen. Bevor der Bauauftrag erteilt werde, solle jedoch nochmals über die inhaltliche Ausrichtung gesprochen werden. Wenn keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt würden, müsse eine personelle Umschichtung vom Treff in der Moormerlandsiedlung erfolgen. Dort werde seit Jahren sehr gute Arbeit geleistet.

Herr Winkler stellt für die GRÜNEN den Antrag, den Betrag von 130.000,-- € aus dem Haushalt zu streichen und das Geld stattdessen für aufsuchende Sozialarbeit bzw. mobile Jugendsozialarbeit bereitzustellen (s. Anlage).

Die ursprüngliche Zielsetzung werde bei der bisherigen Vorgehensweise nicht berücksichtigt und zudem würde nur ein Teil der Zielgruppe erreicht. Es seien bereits zwei Jugendtreffs in Leer vorhanden. Die von den GRÜNEN geforderte Form der Sozialarbeit sei schneller und günstiger umzusetzen.

Herr Schmidt macht deutlich, dass seine Fraktion von diesen Überlegungen gar nicht weit entfernt sei. Es gebe jedoch Differenzen in der Frage der Notwendigkeit von Räumlichkeiten. Zudem gebe es bereits einen Beschluss, wonach dort aufsuchende Sozialarbeit gemacht werden solle. Ein entsprechender Bedarf sei gerade dort vorhanden. Besonders die dort lebenden Menschen bräuchten diese aufsuchende Hilfe. Das Konzept der GRÜNEN könne er unterstützen. Andererseits müsse jedoch auch das entsprechende Instrumentarium zur Verfügung gestellt werden, da verbindliche Zusagen auf Unterstützung durch Schulen, Kirchen u.a. Institutionen für den geplanten Treff Weststadt vorlägen, solle dennoch zunächst das Gebäude errichtet werden. Da ein entsprechendes Konzept vorliege, müsse heute kein Beschluss gefasst werden.

Frau Bockhöfer erklärt, da es nur begrenzte Mittel gebe und tatsächlich kein Konzept vorhanden sei, plädiere sie für diesen Standort, der sich durch eine Konzentration von Bildungseinrichtungen auszeichne, für die Errichtung einer Begegnungs- und Bildungseinrichtung mit Hilfe des Landkreise Leer.

Frau van Loo-Hackenberg sagt, man könne zwar nichts Vergleichbares wie den Ledatreff bauen, müsse aber eine schnelle Lösung schaffen. Der Bedarf dort sei sehr groß. Sie spricht sich weiter für die Errichtung eines Niedrigenergiehauses aus, in dem die entsprechende Sozialarbeit stattfinden solle. Sie wende sich in diesem Kontext gegen mobile Sozialarbeit.

Herr Winkler vertritt die Meinung, ein Gebäude hindere eher daran, die notwendigen Strukturen sozialer Arbeit zu installieren. Dort werde aufsuchende Sozialarbeit gebraucht. Dorthin gehe auch der Trend. Viele Jugendliche gingen gar nicht in eine Einrichtung.

Herr Fricke trägt vor, dass soziale Arbeit eine Heimat haben müsse. Damals in der Moormerlandsiedlung habe es bei der Errichtung des Treffs auch erhebliche Widerstände gegeben. Heute sei die Moormerlandsiedlung kein sozialer Brennpunkt mehr. Ähnliche Abläufe habe es seinerzeit bei der Errichtung des Ledatreffs gegeben. In der Weststadt müsse endlich mit der sozialen Arbeit angefangen werden. Im Anschluss an die aufsuchende Sozialarbeit müsse es Möglichkeiten geben, stationäre Sozialarbeit durchzuführen. Die Verhältnisse hätten sich insofern geändert.

Frau Hoß spricht sich gegen den ins Auge gefassten Standort und gegen die Containerlösung aus.

Herr Fricke entgegnet, dass gerade dieser Standort ideal sei. Der Hausmeister der Schule könne dort Aufsicht führen.

Herr Bohmfalk gibt an, die Verhältnisse vor Ort sehr gut zu kennen. Dort würden allein 100 allein erziehende Frauen leben. Deshalb müsse zunächst personell etwas gemacht werden. Dort sei auch die Errichtung von Schulsozialarbeit erforderlich. Er appellierte an die Ausschusmitglieder, die Konfrontation bei diesem Thema aufzugeben. Es sei erforderlich, dass die Plytenbergschule Ganztagschule werde. Neue Gebäude seien angesichts der demografischen Entwicklung nicht sinnvoll. Integrative Modelle und aufsuchende Sozialarbeit seien vielmehr erforderlich.

Herr Rebels macht deutlich, dass die CDU-Fraktion diesem Standort schon immer skeptisch gegenüber stand. Er könne entsprechende Reaktionen des Elternrates verstehen. Die Kinder würden dort auch auf Problemkinder stoßen. Dennoch könne er dem Antrag der GRÜNEN einen gewissen Charme abgewinnen. Container lehne er jedoch kategorisch ab. Zur Lösung der sozialen Probleme schlug er vor, 2 Wohnungen im Gebäude Ohlthaver Straße 10 anzumieten oder Sozialarbeit mobil durchzuführen.

Aus der Sicht von Herrn Fricke stehe die Schule weit genug weg von dem geplanten Treff und der Begriff Container sei seines Erachtens ein bewusst gewähltes Schimpfwort. Er wiederholt, dass die Bewohner kurzfristig Hilfe benötigen würden.

Andere Lösungsmöglichkeiten seien nicht realisierbar. Aufsuchende Sozialarbeit bringe ohne ein Gebäude nichts, zumal diese Arbeit dann niemand kontrollieren könne.

Frau Kuhl erklärt, sie finde diese Diskussion absurd. Alle seien sich einig, dass die Jugendlichen aufgefangen werden müssten und wir müssten mit den vorhandenen Mitteln auskommen. Personal sei nötig; nicht die Errichtung von Gebäuden.

Herr Winkler bemängelt, dass die Diskussion sich immer um Gebäude drehe und nicht um Menschen. Aufsuchende Sozialarbeit brauche nur sehr begrenzte Räumlichkeiten, nur geringe Büroflächen.

Herr Schmidt erklärt, aus seiner Sicht habe die aufsuchende Sozialarbeit bislang nicht funktioniert. Die vom Elternrat dargelegten Gegenargumente zur Errichtung eines Gebäudes griffen nicht.

Herr Berghaus bemängelt, dass die Begriffe der Sozialarbeit hier nicht genügend differenziert würden. Er berichtet über die Entstehung des Treffs in der Moormerlandsiedlung. Dort habe die seriöse Bedarfsermittlung etwa 2 Jahre gedauert, sei aber letztlich entscheidend für den Erfolg der Einrichtung gewesen. Seine Erfahrungen mit Jugendarbeit seien ganz andere als die in der Presse Dargestellten. Die bisherige kontroverse Diskussion werde die künftige Arbeit dieser Einrichtung beeinflussen.

Es folgt eine Geschäftsordnungsdebatte, ob der Antrag der GRÜNEN zulässig sei. Im Ergebnis wird festgestellt, dass ohne Vorlage und Beschlussvorschlag ein Antrag nicht zulässig sei.

Es ergeht kein Beschluss.

TOP 7 Anfragen, Anregungen, Informationen

Informationen

- a) Die Verwaltung hat den beiden Anträgen des ev.-luth. Kindergartens Loga und des ev.-luth. Pauluskindergartens Heisfelde auf Erweiterung der Sonderöffnungszeiten vorbehaltlich der Zustimmung des Kinder- und Jugendausschusses zugestimmt. Dies wird dem Protokoll beigelegt.
- b) Aus Zeitgründen kann der Bericht des Vorsitzenden des Präventionsrates Leer nicht (PRL) in der heutigen Sitzung erfolgen. Soweit bei dem Vorsitzenden, Herrn Wilts, keine Termenschwierigkeiten auftreten, wird er am 29.11.07 über den Präventionsrat Leer berichten.
- c) Die beiden Kindergärten Regenbogenland und Kleiner Kindergarten Brunnenstraße haben das Markenzeichen „Bewegungskindergarten“ erhalten. Der Pauluskindergarten wird dieses Markenzeichen am 18. Oktober 2007 bekommen.

Anfragen

Frau Nicolai fragt an, ob es Kindergärten gebe, die sich am Brückenjahr beteiligten.

Frau Andresen antwortet, dass dies einerseits der Kindergarten „Hundert Welten“ sei und der Kindergarten „Kunterbunt“.

Verschiedenes

Frau Stoye-Grunau bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen einen Sachstandsbericht über die Sozialarbeit in der Einrichtung „An der Emsbrücke“ zu geben.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:53 Uhr.

gez. Heike Nicolai

Vorsitzende/r

gez. Wolfgang Kellner

Bürgermeister

gez. Michael Baumann

Protokollführer/in